

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1956

28/J

Anfrage

der Abgeordneten Wunder, Dr. Weis, Dr. Kranzlmayr,
Glaser und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung,

betreffend vorzeitige Pensionierung des Amtsvorstandes des Arbeitsinspektors
rates für den 13. Aufsichtsbezirk Kärnten, Oberbaurat Dr. Schmalz.

-.-.-.-

Am 29. Feber 1956 haben die Abg. Wunder, Dr. Kranzlmayr, Glaser und Genossen eine Anfrage an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend vorzeitige Pensionierung des Amtsvorstandes Dr. Schmalz, gerichtet, die bis heute unbeantwortet geblieben ist. Da inzwischen eine neue Legislaturperiode begonnen hat, wiederholen obige Abgeordnete die Anfrage an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

Am 20.12.1954 wurde durch Min. Rat Dr. Buchegger dem Oberbaurat Dr. Schmalz im Arbeitsinspektorat Klagenfurt eröffnet, und zwar auf Grund eines Vorschlages des Herrn Bundesministers Maisel, er möge sich entscheiden, ob er über einen Krankenstand freiwillig in den dauernden Ruhestand gehen wolle oder ob er sich in das Arbeitsinspektorat Graz versetzen lasse. Dies wäre jedoch nur durchführbar, wenn er auf jegliche Amtsführung verzichten würde. Hiezu wird bemerkt, daß die Amtsleitung durch ein Dekret des Herrn Bundesministers verliehen, bzw. aberkannt werden kann. Letzteres bedeutet eine der schwersten Disziplinierung^{en} eines öffentlichen Beamten. Eine Begründung wurde Dr. Schmalz damals dafür nicht gegeben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anfrage:

1) Wie war der genaue Sachverhalt, der zu den Vorgängen des 20. Dezember 1954 geführt hat?

2) Welche dienstlichen Verfehlungen hat sich Dr. Schmalz in seiner Amtsführung zuschulden kommen lassen und welche rechtlichen Erwägungen haben dazu geführt, um von ihm die vorhin genannte Alternative zu erzwingen?

Hiebei wird darauf verwiesen, daß Dr. Schmalz nach seiner Pensionierung anerkennende Zuschriften von seiten des Arbeiterkammerpräsidenten und vom damals den Landeshauptmann vertretenden Sozialreferenzen, Landeshauptmannstellvertreter Kraßnig, zugekommen sind.

21. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1956

3) Warum wurde Oberbaurat Dr. Schmalz niemals Gelegenheit gegeben, gegen die Anwürfe, die von Hofrat Zima vom Sozialministerium dem früheren Zentralgewerbeinspektor Min. Rat Spika gegenüber geäußert wurden und welche zu den organisatorischen Maßnahmen gegen Dr. Schmalz hätten führen sollen, sich zu rechtfertigen?

4) Die Maßnahmen, die gegen Dr. Schmalz angewendet wurden, tragen disziplinarischen Charakter. Warum wurde kein ordentliches Disziplinarverfahren eingeleitet, in welchem Dr. Schmalz Gelegenheit gehabt hätte, gegen etwaige Anwürfe Stellung zu nehmen?

5) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, nunmehr anzuordnen, daß Dr. Schmalz eine Gelegenheit gegeben wird, sich jenen Anwürfen gegenüber zu rechtfertigen, die ihn zu seiner vorzeitigen Pensionierung gezwungen haben und als schwere Angriffe auf seine Beamten Ehre zu werten sind?

-.-.-.-